

Jahn, Georg

**Article**

## Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – auf ihrer Tagung in Baden-Baden Oktober 1958

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Duncker & Humblot, Berlin

*Suggested Citation:* Jahn, Georg (1959) : Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – auf ihrer Tagung in Baden-Baden Oktober 1958, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 79, Iss. 2, pp. 87-95, <https://doi.org/10.3790/schm.79.2.87>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290921>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Berichte

### Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik — auf ihrer Tagung in Baden-Baden Oktober 1958

Das Generalthema der unter Teilnahme zahlreicher Nationalökonom<sup>n</sup> Deutschlands, Österreichs und der Schweiz und vieler Gäste aus dem Auslande in Baden-Baden abgehaltenen Tagung lautete: „Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums.“ Es sollte also die Frage untersucht werden, welche Bedingungen finanz- und währungspolitischer Art erfüllt werden müssen, um das Realeinkommen der Volkswirtschaft regelmäßig und stetig anwachsen zu lassen. Diese Untersuchung wurde nach dem Plane des wissenschaftlichen Leiters der Tagung, Prof. Dr. Fritz Neumark (Universität Frankfurt), in der Weise durchgeführt, daß zunächst die wissenschaftlichen und sozialen Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums umrissen, sodann ihre finanz- und währungspolitischen Bedingungen erörtert und schließlich das Problem der Koordinierung der Finanz- und Währungspolitik im Hinblick auf die Sicherung stetigen Wirtschaftswachstums angeschnitten wurde. Und da es bei der ganzen Problematik sehr auf die Größenordnungen ankommt, so wurde außerdem der Versuch gemacht, auch die quantitativen und die monetären Aspekte herauszuarbeiten.

Das erste Referat „Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums“ wurde von Prof. Dr. Andreas Paulsen (Freie Universität Berlin) erstattet. Er ging von der Voraussetzung aus, daß Wirtschaftswachstum ein gestaltungsfähiger und sogar gestaltungsbedürftiger, nicht automatisch ablaufender Prozeß sei und es deshalb eine politische Entscheidung ist, wenn ein optimales Wachstum angestrebt wird. Sie muß auf der Basis einsichtig gemachter wirtschaftlicher, technischer und psychologischer Möglichkeiten stehen. Als Rahmenbedingungen, die Form und Rate des Wachstums beeinflussen, wurden ausdrücklich festgesetzt, 1. daß das Wirtschaftswachstum sich in einer solchen Wirtschaftsordnung vollziehen soll, die mit dem Leitbild einer Gesellschaft freier Menschen vereinbar ist (was grundsätzlich Ausschluß von Dirigismus und staatlicher Zentralverwaltungswirtschaft bedeutet), 2. daß eine ausreichende Stetigkeit des Wachstums im Ausdruck des Geldwertes einerseits, des Beschäftigungsgrades andererseits gesichert wird, 3. daß eine sozial gerechte Verteilung des Sozialproduktes (als

Bedingung sozialen Gehalts) erfolgt. Es sind Bedingungen an eine wachsende Wirtschaft, in der allein eine Chance zu ihrer Erfüllung besteht.

Welches sind die Chancen, die Auslösung und Durchführung des Wachstumsprozesses weitgehend den marktwirtschaftlichen Impulsen und Steuerungen zu überlassen und dabei doch den quantitativen Aspekt einer ausreichenden Wachstumsrate mit dem qualitativen der ökonomischen und sozialen Normen zu vereinbaren?

Im 19. Jahrhundert (bis zum ersten Weltkrieg) war das Wachstum der Wirtschaft getragen von dezentralisierter Initiative; es vollzog sich ohne spezifische staatliche Wachstumspolitik und wurde trotz aller Rückschläge und Krisen auf lange Frist mit ausreichenden Graden der Stetigkeit realisiert. Es wurde ausgelöst 1. durch Impulse, die in Zeit, Raum und Stärke unständig auftraten (industrielle, auch agrarische Revolutionen), 2. durch die Tatsache, daß die volkswirtschaftliche Kapitalbildung nicht allein als quantitative Ausweitung, sondern als qualitative Veränderung erfolgte, 3. durch Verarbeitung der unständigen Anstöße in einem auf lange Frist ausreichenden Grade von Stetigkeit in einem relativ gleichmäßigen, kontinuierlichen marktwirtschaftlichen Prozeß bei Stabilität des Geldwertes, ausreichend hoher Beschäftigung ohne Bildung einer „industriellen Reservearmee“, Verteilung des Sozialprodukts in einer Weise, daß es weder zu einer Verelendung des Proletariats noch zum Untergang des Mittelstandes noch gar zur Zerreißen des Gesellschaftskörpers kam.

Das Problem ist heute, „ob ein solcher Grad der Selbststeuerung noch unterstellt oder erreicht werden kann, ob mindestens die operative Bedeutung der marktwirtschaftlichen Motorik es der Wirtschaftspolitik ermöglicht, mit marktkonformen Mitteln auszukommen, obwohl die Haltung zur Wirtschaft fordernder, ja ungeduldiger geworden ist und die genannten Rahmenbedingungen als Postulate gesetzt sind“. Erscheinungen, die dem entgegenstehen, sind:

1. die anscheinend unaufhaltsame Tendenz zu kollektivistischen und dirigistischen Formen wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die das Prinzip der Systemkonformität verletzen (Beispiel: die Vermögensbildung in Westdeutschland 1956: 40 % Überschüsse der öffentlichen Einnahmen, 40 % Selbstfinanzierung der Unternehmungen aus nicht verteilten Gewinnen, 20 % Ersparnisse der privaten Haushalte; in den folgenden Jahren etwas günstiger für die Haushalte);

2. der Abbau der marktwirtschaftlichen Instrumente durch die Wirtschaft selbst (Einschränkung des wirksamen Wettbewerbs, Zurückstellung des Wagnisses und der mit Risiko belasteten ökonomischen Chancen hinter die ökonomische Sicherheit);

3. der Ausbau ökonomischer Schutzapparaturen zur Sicherung der bestehenden Positionen — ausdrücklich gegen Wettbewerb und gegen Einflüsse der Entwicklung (Agrarpolitik mit ihrer Abschirmung gegen bestimmte Wirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung; Markt- und Wettbewerbsordnungen als Schutz gegen entwicklungsbedingte Verschiebungen in Angebots- und Nachfragesituationen; konsolidierte In-



teressengruppen; Durchsetzung von Lohnparitäten bestimmten Inhalts; Durchsetzung von Kostenpreisen einschließlich eines als ausreichend angesehenen Gewinnes), dadurch Unterdrückung der Symptome eines Spannungszustandes statt Bekämpfung der Ursachen, Verhinderung eines ausreichenden (Preis-)Wettbewerbes, Förderung der Entwicklung monopolistischer Marktformen durch Alimentierung gesamtwirtschaftlich bedenklicher Marktpositionen.

Die Problematik der Funktionsfähigkeit des Systems der freien Marktwirtschaft liegt in der Vereinbarkeit marktwirtschaftlicher Prinzipien (nämlich staatlich nicht gelenkter Lohn- und Preisbildung) mit den gesetzten Rahmenbedingungen der Stetigkeit des Geldwertes und der hohen stabilen Beschäftigungslage. „Sind diese Bedingungen miteinander unvereinbar, so kann der bewirkte Spannungszustand nach mehreren möglichen Richtungen durchbrechen: das Wachstum kann aufhören und der Prozeß in Deflation umschlagen, Inflation kann auftreten, schließlich kann der Staat zur Vermeidung des einen oder des anderen die freie Preis- und Lohnbildung aufheben. Und je länger ein solcher Spannungszustand besteht, um so mehr wächst der Druck und die Gefahr des Durchbruches.“

Es ist die Frage, ob eine „produktivitätsorientierte Lohnbildung“ überhaupt marktgerecht sein kann, wenn in der statistischen Ziffer der Produktivitätszunahme eine objektive Größe vorliegt, die den Maßstab für eine den Geldwert nicht gefährdende Anhebung des Lohnniveaus bietet. Eine Orientierung des Lohnniveaus an einer durchschnittlichen Rate des Produktionszuwachses schließt die wachstumskonforme Beweglichkeit der Lohnstruktur gerade aus“. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik in dieser Form läßt sich nicht zu den Maßnahmen zur Glättung der marktmäßigen Vorgänge und der Verstetigung des Wachstums rechnen, sondern gehört in die Reihe der Schutzmaßnahmen gegen Umsetzungsvorgänge. Mit ihr soll nämlich eine meta-ökonomische als fair oder gerecht und angemessen angesehene Lohnstruktur möglichst gewahrt werden, in einer Art von Lohnführerschaft: Anhebung der Löhne an einer Stelle, wo sie produktivitätsmäßig berechtigt sein mag, führt zu proportionaler Anhebung der Löhne und der sonstigen Arbeitseinkommen, selbst der Renten, damit die gegebene Staffelung bestehen bleibt.

Es erhebt sich weiter die Frage, ob eine als systemexogen zu betrachtende Setzung der Löhne durch systemendogene Bildung der Produktpreise, die sich diesen exogen gesetzten Daten anpassen, ausgeglichen werden kann. Es ist die Frage der Überwältzbarkeit der Löhne auf die Produktpreise. Sie ist bei freier Preisbildung theoretisch möglich, fördert aber das Verlangen nach Durchsetzung von Kostenpreisen. Diese ist stark abhängig von dem Grade der Ausschaltung des Wettbewerbs. „Will oder kann die Wirtschaftspolitik den Marktkräften des Wettbewerbs, der Preisbildung und der preisgesteuerten Anpassungs- und Umsetzungsvorgänge den nötigen Spielraum nicht sichern, so wird die wachsende Verlagerung der ökonomischen Initiative und Steuerung auf staatliche Organe kaum aufzuhalten sein. Wird

das als systemwidrig nicht gewollt, so müssen Öffentlichkeit und Staat bereit sein, die Bedingungen der Stetigkeit und der sozialen Sicherung mit den Funktionsbedingungen einer durch dezentralisierte private Entscheidungen gesteuerten wachsenden Wirtschaft in Einklang zu bringen“ (auch auf die Gefahr hin, daß Ungleichgewichte zur Krise führen). Eine solche Wirtschaftspolitik ist ebenso schwierig wie risikoreich. Ihre Aufgaben sind:

1. Erhaltung des Geldwertes im Wachstum (Politik der Stabilität des Geldwertes bedeutet Setzung der Norm eines stabilen Geldwertes, weil es eine „automatische“ oder „neutrale“ Geldwertbildung im Wachstum nicht geben kann);

2. Bildung des Geldwertes im Wachstum (ein Spezialfall der Kombination einer auf Stetigkeit zielenden Konjunkturpolitik mit Wachstumspolitik).

Zu fordern ist Einheitlichkeit der marktkonformen Wirtschaftspolitik, weil sie zur Beachtung der Interdependenz zwingt und ihre Wirkung stärker global ist als punktuelle und dirigistische Maßnahmen, die oft sogar gegen die Marktkräfte operieren müssen. Sie muß sich gegen die fiktive Autonomie von Teilbereichen (Trennung von privatem und öffentlichem Sektor) wenden, denn „Wachstum und Stetigkeit sind keine direkt anzusteuern Ziele, da sie ja durch Relationen und Interdependenzen von Größen bestimmt sind. Für die wirtschaftspolitische Praxis haben diese Begriffe die Bedeutung von Leit- und Kontrollprinzipien, eben weil sie die in der speziellen Politik leicht zu vernachlässigenden Zusammenhänge bewußt machen“.

Nach dieser, auch in der Diskussion kaum angefochtenen Erörterung der wirtschaftlichen und sozialen Grundprobleme sprach Prof. Dr. Wilhelm Bickel (Universität Zürich) über „Finanzpolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums“. Ausgehend von einem Bekenntnis zu bewußt a-neutraler, aktiv das Wirtschaftswachstum fördernder Fiskalpolitik, die — zumindest gegenüber der Währungspolitik — über die besseren und wirksameren Instrumente verfügt, bezeichnete der Referent als Voraussetzungen einer solchen Fiskalpolitik:

1. eine „flexible Struktur der öffentlichen Finanzwirtschaft, eine beträchtliche Variationsbreite der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen (nach seiner Ansicht in allen Kulturstaaten im allgemeinen vorhanden);

2. eine zuverlässige Kenntnis der Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen auf den volkswirtschaftlichen Prozeß (eine Voraussetzung, die weit unvollkommener als die erste erfüllt ist).

Wachstumsfördernde Maßnahmen sind möglich

1. durch eine sinngemäße Ausgabengestaltung (Investitionen des Staates in die Wirtschaft),

2. durch eine zweckmäßige Gestaltung der Schuldenpolitik (Schuldenaufnahme in der Depression, Schuldentrückzahlung im Konjunkturanstieg),



3. durch die Steuerpolitik (Tarifgestaltung der Einkommen- und Körperschaftsteuer).

Eine solche, das langfristige Wachstum der Wirtschaft fördernde Finanzpolitik und das sinnvolle Einsetzen der gegebenen Mittel kann nach Ansicht des Referenten hergeleitet werden aus der bislang konjunkturpolitisch orientierten „Fiscal Policy“ von Keynes und seiner Schüler und Anhänger, die als bekannt vorausgesetzt wurde. Sie wurde immerhin angedeutet und kann hier nicht in wenigen Sätzen wiedergegeben werden. Dabei stellen sich aber einige zusätzliche Probleme:

1. Soll man sich beim langfristig zyklischen Ausgleich des Budgets mehr auf die natürlichen „eingebauten“ Stabilisatoren verlassen oder ergänzende Ausgleichsmaßnahmen des proportionalen Tarifs — anti-zyklische Tarifänderungen — ergreifen?

2. Welche Steuerwirkungen gehen von einer derartigen, unter Wachstumsgesichtspunkten „verlängerten“ Fiscal Policy aus?

Beide Fragen wurden vom Referenten eingehend unter Heranziehung der einschlägigen neueren Literatur erörtert. Doch kam er dabei noch nicht zu endgültigen präzisen Antworten.

Die Ausführungen Bickels wurden in der Diskussion in mancher Hinsicht ergänzt und vertieft. Beachtenswert war insbesondere der Hinweis auf die bedeutenden Zweckkollisionen zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die man mit der Finanzpolitik verbindet, sowie auf die möglichen Kollisionen zwischen den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen einerseits und den rein fiskalischen Zielsetzungen andererseits.

Der Vizepräsident der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen, Dr. Heinrich Irmeler (Düsseldorf), erörterte sodann die „Währungspolitischen Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums“. Wachstum sei, so sagte er, ein „realer“ Prozeß. Die Währungspolitik könne ihn schlimmstenfalls stören, günstigenfalls das Klima schaffen, „das der Realisierung der durch reale Gegebenheiten vorgezeichneten Wachstumsrate förderlich ist“. Es wäre deshalb verfehlt, von der Währungspolitik her Bedingungen schaffen zu wollen, die allen Sektoren der Wirtschaft ein gleichmäßiges Wachstum sichern sollen.

Die Stabilhaltung des Wechselkurses kommt unter dem Gesichtspunkt höchstmöglichen Wirtschaftswachstums als Primärziel der Währungspolitik nicht in Betracht. Praktisch steht die Währungspolitik vielmehr vor einer Alternative: Sie kann entweder darauf gerichtet sein, das Konsumgüterpreisniveau tunlichst stabil zu halten; dann wäre die Konsequenz die, den Wachstumsgewinn, d. h. die Real-einkommensteigerung in entsprechende Lohnsteigerungen umzusetzen. Oder aber sie kann durch entsprechende Dosierung des Geldumlaufs die Preise zwingen, im Zuge des technischen Fortschrittes zu fallen; dann müssen die Löhne stabil bleiben. Die Wahl zwischen beiden Möglichkeiten steht theoretisch frei. Gegen fallende Preis bei stabilen Löhnen sind jedoch zwei gewichtige Einwände zu erheben. Es sind

1. Einwendungen aus der außenwirtschaftlichen Verflechtung: Fallende Preise müssen bei stabilen Wechselkursen auf die Dauer zu Zahlungsbilanzstörungen führen, wenn im Ausland nicht nach derselben Maxime regiert wird. Die Wechselkurse müßten also periodisch — entsprechend den Divergenzen in den Preisniveaus — berichtigt werden.

2. Psychologische Einwendungen: Wenn das Geld im Laufe der Zeit realiter mehr wert wird, könnte die Investitionsneigung leiden, während umgekehrt die Sparneigung sehr gefördert würde. Zwar sänke hierdurch der Zins; aber es ist fraglich, ob das ausreicht, um die bei den Investoren entstehenden Hemmungen zu kompensieren. Überdies wird man sich nicht darauf verlassen können, daß die Preise derjenigen Produkte, deren Herstellung sich infolge technischer Fortschritte verbilligt, auch wirklich und sofort gesenkt werden. Vielleicht ist eher das Gegenteil der Fall, weil es immer längere Zeit dauert, bis sich Preissenkungstendenzen durchsetzen, und weil darüber hinaus Preissenkungen ein hohes Maß an Konkurrenz voraussetzen, während die moderne Wirtschaft durch weitgehende Monopolisierung und Kartellierung gekennzeichnet ist. Soweit die Preise aber nicht sinken, steigen durch Kostensenkungen die Unternehmerngewinne, an denen die Arbeiter Anteil in Form höherer Löhne fordern.

Das Ergebnis seiner währungspolitischen Erwägungen faßte der Referent in folgenden Sätzen zusammen: „Eine auf Stabilisierung des Preisniveaus gerichtete Währungspolitik (ist) am meisten wachstums-konform. . . . Bei einer solchen Politik kommt es freilich entscheidend darauf an, daß sich die Preissenkungstendenzen in Wirtschaftszweigen mit überdurchschnittlichem Produktivitätsfortschritt auch tatsächlich durchsetzen, da sonst die Gefahr besteht, daß die von den lohnintensiven Wirtschaftszweigen notwendigerweise ausgehenden Kosten- und Preissteigerungstendenzen das gesamte Preisniveau hochtreiben und damit die Preis-Lohn-Spirale in Gang setzen. Die Wirtschaftspolitik muß deshalb für eine wettbewerbsfreundliche Wirtschafts-verfassung sorgen und eine entschiedene Antikartellpolitik betreiben. Der Geldpolitik kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, die für das Wirtschaftswachstum erforderliche Geldmenge zur Verfügung zu stellen, im übrigen aber die Geldversorgung so zu bemessen, daß sich der Wettbewerb voll auswirken kann und kein Spielraum für Lohnsteigerungen entsteht, die nicht durch den allgemeinen Produktivitätsfortschritt gerechtfertigt sind.“

Für eine derartige elastische Geldversorgung darf nach dem heutigen Stande der Erkenntnis der volkswirtschaftlichen und währungspolitischen Zusammenhänge die freie manipulierte Währung als das verhältnismäßig bestgeeignete Instrument angesehen werden, um sowohl das finanzielle Gleichgewicht im Sinne der Kaufkraftparität als auch ein optimales Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Die Diskussion, die sich anschloß, brachte mancherlei Ergänzungen zu den Ausführungen Irmalers. So wurde die Frage aufgeworfen, wie die Zentralbank eine Kreditversorgung durchsetzen könne, die das



Wachstum der Wirtschaft fördert, und wie sich Kreditnachfrage und Kreditangebot regeln. Auch der Betriebswirtschafter kam zu Wort, wenn er das Problem der Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums durch Setzung geeigneter währungspolitischer Bedingungen vom Standpunkt der einzelnen Unternehmung anging. Mehrfach wurde weiter das Inflationsproblem angeschnitten und der Versuch gemacht, durch Klärung einiger Begriffe einen Beitrag zur Beantwortung der Frage zu leisten, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit das Geld in seinem Werte erhalten bleibt, Inflation also vermieden werden kann.

Zum Abschluß behandelte Prof. Dr. Günter Schmöders (Universität Köln) „Das Problem der Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik im Hinblick auf die Sicherung stetigen Wirtschaftswachstums“. Die Aufgabe dabei war, das Problem der Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik genauer zu analysieren und die Voraussetzungen und Vorbedingungen zu klären, von denen der Erfolg der Koordinierung abhängt. Die Frage, inwieweit eine erfolgreiche Koordinierung der Geld- mit der Finanzpolitik im Dienst einer „Verstetigung“ des wirtschaftlichen Wachstums möglich ist und welche Probleme und Schwierigkeiten sich dabei ergeben, war nur für relativ normale Zeitläufte zu behandeln, in denen nicht die Existenz der Nation, sondern nur Ausmaß und Grad ihrer wirtschaftlichen Entwicklung im Wachstumsprozeß auf dem Spiele stehen.

Wann tritt das hier gemeinte Koordinierungsproblem überhaupt auf? Es besteht nur in den Demokratien westlicher Prägung, die in ihrer wirtschaftspolitischen „Gewaltenteilung“ ein gewisses Maß an Unabhängigkeit der Notenbank verwirklicht haben, eine Art institutionell verselbständigtes Währungsgewissen, das mit den übrigen Instanzen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in einem Verhältnis gegenseitiger „Checks and Balances“ steht. Es tritt also nur dann auf, wenn das Ziel „stetiges Wachstum“ von Regierung und öffentlicher Meinung als Ziel anerkannt ist und wenn Geld- und Finanzpolitik institutionell getrennt sind.

Primär sind für das Problem die Kategorien und Erkenntnisse der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Psychologie und Sozialpsychologie maßgebend, sekundär auch viele allgemeine Erkenntnisse der Wirtschaftstheorie, insbesondere die Vorstellung von der Interdependenz aller wirtschaftlichen Erscheinungen. Methodisch steht die empirische Erforschung des menschlichen Verhaltens, der Gruppenreaktionen, der Eigendynamik von Institutionen, Traditionen und „Rollen“ im Vordergrund.

Kollisionen zwischen Geld- und Finanzpolitik sind möglich als Zielkonflikte (gegensätzliche Meinungs- und Willensbildung mit einander widersprechenden Ergebnissen) oder als Mittelkonflikte (gegenläufige Wirkungen der getroffenen Maßnahmen).

Zielkollisionen durch einfache „Gleichschaltung“, d. h. Ausrichtung der Geld- und Finanzpolitik auf ein gemeinsames Ziel — z. B. stetiges



Wirtschaftswachstum bei Geldwertstabilität — auszuräumen, ist nicht ohne weiteres möglich. Der Entscheidungsbereich der Geldpolitik ist monothematisch oder bestenfalls dyothematisch; sie ist wesentlich auf das Ziel der Währungspolitik fixiert und eben hierin liegt der Sinn ihrer institutionellen Verselbständigung. Die Finanzpolitik dagegen ist polythematisch; „stetiges Wirtschaftswachstum“ erscheint hier, wenn überhaupt, so doch nur als eine Aufgabe unter anderen Aufgaben.

Die Koordination der Zielvorstellungen hat sich in einer ersten Phase auf das Ziel „stetiges Wirtschaftswachstum“ bei stabilem Geldwert zu beziehen. Dieses Ziel muß konkretisiert werden. Die Schwierigkeiten der Koordinierung im parlamentarischen System rufen ein Spannungsverhältnis zwischen Geld- und Finanzpolitik hervor, das sicherlich den Vorzug vor einer einfachen „Gleichschaltung“ verdient. Die Lösung des Spannungsverhältnisses kann zur Koordinierung führen.

Sind die Zielvorstellungen koordiniert, so ist die Koordinierung des Mitteleinsatzes zunächst ein Problem von Diagnose und Prognose. Die Geld- und die Finanzpolitik müssen die jeweils gegebene Situation in gleicher Weise bewerten; anderenfalls ist es möglich, daß ihre Maßnahmen einander zuwiderlaufen, obwohl sie im Hinblick auf das gleiche Ziel getroffen wurden. Darüber hinaus ist aber auch erforderlich, daß die beiden Institutionen die Wirkungen der Mittel, die aufgewandt werden sollen, gleich bewerten.

In der Diskussion wurden die Erwägungen und Gedankengänge des Referenten weitgehend anerkannt und gebilligt. Sie wurden jedoch ergänzt und erläutert durch Beispiele und Anwendungsfälle zu den angeführten Konflikten und Konfliktmöglichkeiten zwischen Geld- und Finanzpolitik.

Eine höchst wertvolle Ergänzung zu den vorstehend gekennzeichneten Referaten stellte der Vortrag von Prof. Dr. Gottfried Bombach (Universität Basel) über „Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums“ dar, weil hier neben die theoretischen Erwägungen der Versuch der statistischen Verifizierung trat. Da es völlig ausgeschlossen war, das schriftlich vorliegende Referat in seinem vollen Umfange vorzutragen und es auch technisch unmöglich war, die zahlreichen Tabellen vorzuführen, so war es unvermeidlich, daß Bombach seinen Vortrag auf dasjenige Maß beschränkte, das den Tagungsteilnehmern noch zugemutet werden konnte. Da jedoch das ganze Referat in den Verhandlungsbericht aufgenommen worden ist, so kann auf die gedruckte Abhandlung verwiesen werden, die gelesen zu werden sehr verdient. Hier sei nur bemerkt, daß es um die Analyse der Realreihen der Wirtschaft ging, also Bevölkerungswachstum, Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens, der Arbeitsproduktivität, der Produktivität des Realkapitals, der Kapitalintensität und des technischen Fortschritts, sowie die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Reihen. Sie wur-

den einer quantitativen Analyse in folgenden Verknüpfungen unterzogen: Arbeitspotential und Arbeitsproduktivität, Realkapital und Kapitalkoeffizient, Produktivität und technischer Fortschritt, Preisstruktur und Wirtschaftswachstum, Preisniveau und Wirtschaftswachstum. Eine lückenlose Dokumentation des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses in den Ländern, auf die sich die Beispiele vorwiegend beziehen (Deutschland, Großbritannien, USA) war es zwar nicht, aber es wurden einzelne Entwicklungsabschnitte ausgewählt, die für unsere Argumentation typisch sind. Die statistischen Beispiele im Text und im Anhang sind in erster Linie als Illustration der theoretischen Erörterungen zu verstehen.

Auch in der Diskussion zu diesem Vortrag wurden manche kritischen Einwendungen aus der Sicht des Statistikers, des Volkswirtes und des Betriebswirtschaftlers vorgebracht. In der Hauptsache waren die Diskussionsreden aber Ergänzungen, die dem Referenten nützliche Dienste für seine Weiterarbeit an den von ihm in Angriff genommenen Problemen leisten können und werden.

Daß die Baden-Badener Tagung der „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ ein Erfolg war, läßt sich schon aus diesem kurzen Bericht erkennen, der den reichen Inhalt der Vorträge und Diskussionsreden doch nur andeuten konnte. Besonders erfreulich war das überaus rege Interesse, das die Tagungsteilnehmer nicht nur den Vorträgen, sondern auch den General- und Spezialdiskussionen entgegenbrachten. Es ist zu hoffen, daß dieses Interesse wachgehalten, ja weitergetragen wird, wenn erst der Verhandlungsbericht in den Schriften der Gesellschaft<sup>1</sup> erschienen ist und in den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und Seminaren gelesen und benutzt werden kann. Vielleicht fällt er dann auch den Parlamentariern in die Hand, die in Baden-Baden sehr spärlich vertreten waren, obwohl sie doch hoffen konnten, aus ihrer Teilnahme einigen Nutzen für ihre eigene wirtschaftspolitische Arbeit zu ziehen.

Georg Jahn - Berlin

---

<sup>1</sup> Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums. Verhandlungen auf der Tagung in Baden-Baden Oktober 1958, herausgegeben von Prof. Dr. Walther G. Hoffmann. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge Band 15.) Berlin 1959. Verlag von Duncker & Humblot. 354 S.